



# WIESBADEN



Der Vorsitzende des Ausschusses für  
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und  
Integration

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)

Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 06.06.2012

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration  
am Dienstag, 12. Juni 2012, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift vom 02.05.2012
2. Projekt „Integrationsassistenten Wiesbaden“  
HIER: Vorstellung des Projektes durch Frau Pintus

## NEUE ANTRÄGE

3. 12-F-33-0077

FußgängerInformation über das Wiesbadener Original Waldemar Reichardt, genannt  
„Knoblauch-König“

- gem. Antrag von CDU und SPD vom 24.05.2012 -

Seite 2 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 12. Juni 2012

Am 25.08 1988 verstarb eines der letzten Wiesbadener Originale - Waldemar Reichardt, genannt „Knoblauch-König“. Der 1915 in Berlin-Steglitz geborene und seit 1928 in Wiesbaden lebende Sonderling war eine stadtbekannte Persönlichkeit. Der als Opersänger ausgebildete Reichardt war nach dem Tod seiner Mutter praktisch ein Sozialfall, hielt in der Innenstadt unaufgefordert politische Reden, bekam aus den Bevölkerung hier und da kleine finanzielle Zuwendungen und wurde von den Kaffeekochern in der City zuweilen mit einem Tässchen des belebenden Getränks versorgt. Seinen Spitznamen erhielt er wegen des wohl übermäßigen Genusses von Knoblauchzehen, der ihn schon von weitem zur olfaktorischen Auffälligkeit machte.

In der kleinen Schwalbacher Straße wurde Waldemar Reichardt dank der Bemühungen der SEG, finanziell ermöglicht auch aus Spenden aus der Bürgerschaft, eine lebensgroße Plastik gewidmet. Leider ist für die Nachgeborenen und für Wiesbaden-Besucher ohne jegliche Information nicht erkennbar, wem die Statue gewidmet ist.

*Der Ausschuss möge beschließen*

Der Magistrat wird gebeten, die in der Kleinen Schwalbacher Straße stehende Statue in geeigneter Weise mit einer Information auszustatten, aus der hervorgeht, wem sie gewidmet ist.

#### **4. 12-F-03-0090**

Unterstützung der Partnerstadt Ocotla  
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 05.06.2012 -

Der Bürgermeister von Wiesbadens langjähriger Partnerstadt Ocotla kommt im Juni dieses Jahres mit Begleitung nach Wiesbaden. Selbstverständlich müssen die Gäste nicht für ihren Aufenthalt in der Landeshauptstadt Wiesbaden finanziell aufkommen, allerdings belasten die Kosten für die Flüge die Stadtkasse unserer lateinamerikanischen Partnerstadt.

Der Ausschuss möge daher beschließen,

anlässlich des Besuchs aus der Partnerstadt Ocotla, ein soziales Projekt dort zu unterstützen mit einem Betrag, der in etwa die Höhe der Flugkosten ausgleicht.

#### **5. 12-F-08-0076**

Christopher Street Day  
- Antrag von Linke&Piraten vom 05.06.2012 -

Am 4. August 2012 wird in Wiesbaden seit 12 Jahren zum ersten Mal wieder der Christopher Street Day (CSD) begangen. Der Verein Warmes Wiesbaden veranstaltet am 4. August unter der Schirmherrschaft von Sozialdezernent Axel Imholz ein Fest auf dem Kulturparkgelände.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Die Stadt soll ein Zeichen setzen und die Veranstaltung zum CSD auf dem Kulturparkgelände sowie ihre Ziele unterstützen. Deshalb wird der Magistrat gebeten zu veranlassen, dass am 4. August 2012 am Wiesbadener Rathaus die Regenbogenflagge gehisst wird.

**6. 12-F-03-0089**

Bericht Partnerstädte  
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 05.06.2012 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden pflegt nach eigenen Angaben intensive Beziehungen zu den zahlreichen Partnerstädten. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf den Begegnungen zwischen Menschen. Daher fragen wir, wie aktiv diese einst geknüpften Kontakte noch unterhalten werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat möge berichten, wie die Kontakte zu den unterschiedlichen Partnerstädten in den letzten 5 Jahren wahrgenommen wurden. Hierfür sind folgende Fragestellungen zu beachten:

- 1) Gab es offizielle(d.h. städtische) Veranstaltungen in Form von Besuchen, Vorträgen, etc.?
- 2) Liegen Erkenntnisse zu privaten/öffentlichen Austausch (z.B. durch Sportvereine, Jugendreisen, etc.) vor?
- 3) Kann man grob zwischen aktiveren und weniger aktiven (oder gar inaktiven) Städtepartnerschaften Wiesbadens unterscheiden?

**7. BERICHT DER DEZERNENTIN**

**NEUE SITZUNGSVORLAGEN**

**8. 12-V-01-0010 DL 21/12-1**

Gleichstellung der Vergünstigungen für Inhaber der Jugendleiter-Card (JULEICA) mit den Vergünstigungen für Inhaber der Ehrenamts-Card

**9. 12-V-07-0006 DL 21/12-3**

Fortführung des Sicherheitskonzeptes für den Kulturpark, sowie des sozialpädagogischen Konzeptes des Amtes für Soziale Arbeit

**10. 12-V-30-0002 DL 18/12-6**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden II (Wiesbaden-Biebrich)

**11. 12-V-30-0003 DL 18/12-7**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden I

**12. 12-V-30-0005**

**DL 19/12-2**

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VIII (Wiesbaden-Kloppenheim/Heßloch)

**13. 12-V-30-0006**

**DL 21/12-5**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden V (Wiesbaden-Erbenheim)

**14. Verschiedenes**

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek  
Vorsitzender